

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article:	III-165 (ex 14)
Déposée par Monsieur:	Erwin Teufel
Qualité:	Membre

Texte du Praesidium

- (2) Zu diesem Zweck werden durch Gesetze oder Rahmengesetze Maßnahmen festgelegt, die unter anderem Folgendes sicherstellen sollen:
- a) die gegenseitige Anerkennung und die Vollstreckung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten;
 - b) die grenzüberschreitende Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke;
 - c) die Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden Kollisionsnormen und Vorschriften zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten;
 - d) die Zusammenarbeit bei der Erhebung von Beweismitteln;
 - e) ein hohes Niveau hinsichtlich des Zugangs zum Recht;
 - f) die reibungslose Abwicklung von Zivil-

Amendement proposé

- (2) Zu diesem Zweck werden durch Gesetze oder Rahmengesetze Maßnahmen festgelegt, die unter anderem Folgendes sicherstellen sollen:
- a) die gegenseitige Anerkennung und die Vollstreckung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten;
 - b) die grenzüberschreitende Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke;
 - c) die Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden Kollisionsnormen und Vorschriften zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten;
 - d) die Zusammenarbeit bei der Erhebung von Beweismitteln;
 - e) ein hohes Niveau hinsichtlich des Zugangs zum Recht **bei grenzüberschreitenden Sachverhalten**;
 - f) die reibungslose Abwicklung von Zivil-

verfahren, erforderlichenfalls durch Förderung der Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden zivilrechtlichen Verfahrensvorschriften;

g) die Entwicklung von alternativen Methoden für die Beilegung von Streitigkeiten;

h) Unterstützung bei der Weiterbildung von Richtern und Justizbediensteten.

(3) Abweichend von Absatz 2 werden Maßnahmen zu Aspekten des Familienrechts mit grenzüberschreitendem Bezug durch ein Europäisches Rahmengesetz des Rates festgelegt. Dieser beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments.

Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission einen Europäischen Beschluss erlassen, durch den die Aspekte des Familienrechts mit grenzüberschreitendem Bezug bestimmt werden, die nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren geregelt werden können. Der Rat beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments.

verfahren, erforderlichenfalls durch Förderung der Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden zivilrechtlichen Verfahrensvorschriften;

~~g) die Entwicklung von alternativen Methoden für die Beilegung von Streitigkeiten;~~

h) Unterstützung bei der Weiterbildung von Richtern und Justizbediensteten.

(3) Abweichend von Absatz 2 werden Maßnahmen zu Aspekten des Familienrechts mit grenzüberschreitendem Bezug durch ein Europäisches Rahmengesetz des Rates festgelegt. Dieser beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments.

~~Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission einen Europäischen Beschluss erlassen, durch den die Aspekte des Familienrechts mit grenzüberschreitendem Bezug bestimmt werden, die nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren geregelt werden können. Der Rat beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments.~~

Begründung:

Abs. 2

Buchstabe e

Es sollte wie auch bei Buchstabe b klargestellt werden, dass die Europäische Union ausschließlich bei grenzüberschreitenden Sachverhalten gesetzgeberisch tätig werden kann.

Buchstabe g

Der Begriff der „alternativen Methoden für die Beilegung von Streitigkeiten“ ist äußerst unbestimmt und daher als Kompetenzzuweisung nicht geeignet. Er umfasst so unterschiedliche Sachverhalte wie etwa die Mediation, die Schiedsgerichtsbarkeit und die Schlichtung, bei denen es noch eingehender Prüfung bedarf, ob sie überhaupt gesetzlich geregelt werden sollten (vgl. Grünbuch über alternative Streitbeilegung im Zivil- und Handelsrecht (KOM (2002) 196 endg.)).

Abs. 3

Wie bisher sollten *alle* familienrechtlichen Aspekte der Einstimmigkeit unterfallen. Unterschiedliche Regelungen für einzelne Aspekte des Familienrechts sind nicht praktikabel, da sich die Bereiche kaum trennen lassen.